

**Schreiben des Rechtsanwalts Christopher Black, Toronto/Kanada,
Vizepräsident des Internationalen Komitees für die Verteidigung von Slobodan Milosevic
(ICDSM) und Vorsitzender des Rechtsausschusses des ICDSM
an den Registrar des ICTY wegen Kontaktsperre
für Präsident Slobodan Milosevic und Vajislav Seselj
- deutsche Übersetzung -**

CHRISTOPHER C. BLACK
Rechtsanwalt

Herrn Hans Holthuis,
Registrar,
ICTY,
Churchillplein 1,
2517 JW, The Hague,
P.O. Box 13888,
501 EW, Den Haag,
Niederlande

12. Dezember, 2003

Betr.: Ankläger gegen Slobodan Milosevic und Vojislav Seselj

Sehr geehrter Herr!

Die Entscheidung vom 11. Dezember, die - mit beschränkten Ausnahmen - alle Kontakte zwischen Präsident Slobodan Milosevic sowie Vajislav Seselj und der Außenwelt verbietet, hat vor der ganzen Welt den politischen Charakter und die politischen Ziele dieses Tribunals offen gelegt. Die Entscheidung ist eine krasse Einmischung der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten, einschließlich des Tribunals, in die Wahlen in Serbien. Es ist nichts weniger als der Versuch, diese Wahlen zu sabotieren, das Volk von Serbien dem Willen der Vereinigten Staaten zu unterwerfen, dem Volk von Serbien das Recht, über sein eigenes Schicksal zu bestimmen, das Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern. Es ist eine komplette Verneinung der bürgerlichen und politischen Rechte von Slobodan Milosevic, und eigentlich von uns allen.

Man könnte über die "juristische" Argumentation für diesen Mord an der Demokratie nur lachen, wenn sie nicht für die Weltgemeinschaft so tragisch und gefährlich wäre. Sie erklären, dass die Sicherheitsratsresolution 827 vom 25. Mai 1993 aufgrund von Kapitel VII der UN-Charta erlassen worden sei. Das war sie keineswegs. Der Sicherheitsrat hatte weder unter diesem noch irgendeinem anderen Kapitel der UN-Charta die Befugnis, dieses Tribunal zu schaffen. Das Tribunal existiert als Faktum. Doch es hat keine rechtmäßige Existenz, und es besitzt keine rechtmäßige Gerichtshoheit. Die seiner Kontrolle Unterworfenen sind nicht Gefangene eines Systems der Rechtsprechung. Sie sind politische Geiseln, mit Waffengewalt gefangen gehalten und erzwungenen politischen Schauprozessen unterworfen.

Dieser Sachverhalt ergab sich bereits aus der Anklageerhebung gegen Präsident Milosevic während der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO-Streitkräfte gegen Jugoslawien im Mai 1999 mit dem Ziel der Rechtfertigung dieses Kriegsverbrechens gegenüber den Völkern der NATO-Länder. Er bestätigte sich, als die Anklagevertreter, Louise Arbour und ihre Nachfolgerin Carla Del Ponte, des weiteren die Entscheidung trafen, keine Anklage zu erheben gegen „Personen, die für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien verantwortlich sind“, wie das „Statut“ des Tribunals von ihnen fordert. Sie weiger-

ten sich, die Führer, Offiziere und Beamten der NATO, darunter General Wesley Clark, anzuklagen, trotz des ihnen vorliegenden überwältigenden Beweismaterials, dass diese Führer, Offiziere und Beamten derartige Verbrechen in massenhaftem Umfang begangen hatten.

Folglich konnten Sie sich nicht auf Resolution 827 berufen, als Sie ihre Entscheidung trafen.

Sie erklären, dass Sie sich auf die „Haftbestimmungen“ berufen. Doch diese Bestimmungen selbst sind ohne rechtliche Wirkung und unterliegen jederzeit der Änderung nach Belieben des Tribunals. Ihre ausdrückliche Behauptung die „individuellen“ Rechte des Gefangenen in Betracht gezogen zu haben, kann nur Verwunderung auslösen, weil von Beginn ihrer Gefangennahme an ihre Rechte, wie sie in verschiedenen internationalen Abkommen zum Ausdruck kommen, ständig verletzt worden sind. Trotz der Tatsache, dass für die die Unschuldsvermutung gilt, werden sie wie Verurteilte behandelt. Trotz der Tatsache, dass sie Staatsbürger Serbiens mit vollen bürgerlichen und politischen Rechten sind, werden sie behandelt, als ob sie sich im Exil befänden.

Das Verbot ist eine komplette Verleugnung der Unschuldsvermutung, eine komplette Verleugnung des Rechts auf ein faires Verfahren und ist überhaupt eine komplette Verleugnung des vorgeblichen Grundes für die Schaffung dieses Tribunals, nämlich zur Wiederherstellung und Erhaltung des Friedens im ehemaligen Jugoslawien beizutragen. War und ist doch der wirkliche Auftrag dieses Tribunals nicht die Wiederherstellung des Friedens, sondern die Beseitigung der Demokratie, was es tatsächlich auch bewiesen hat. Aus diesem Grund und aus diesem Grund allein ist das Verbot der Kommunikation angeordnet worden. Der eigentliche Auftrag des Tribunals ist es, die Sozialistische Partei und Radikale Partei und ihre Führer zu diskreditieren.

Allerdings täuschen Sie sich in der Einschätzung dieser Gefangenen und des Volkes von Serbien, wenn Sie glauben, dass dies gelingt. Die Bevölkerung von Serbien und die Welt erkennen dieses Verbot als das, was es ist: Eine ungeheuerliche und offene Einmischung in den Ausdruck seines Volkswillens. Sie wird reagieren, und es wird mehr Unterstützung für jene geben, die an ein souveränes und fortschrittliches Serbien glauben.

Aufgrund all dessen fordert das Internationale Komitee für die Verteidigung von Slobodan Milosevic die sofortige Wiederherstellung der Kommunikation zwischen Slobodan Milosevic sowie Vojislav Seselj und der Außenwelt, einschließlich des Rechts auf Umgang mit der Presse, andernfalls behalten wir uns rechtliche Schritte vor.

Hochachtungsvoll

Christopher Black,
Vizepräsident des ICDSM
Vorsitzender des Rechtsausschusses des ICDSM

Kopien an: Präsident des Tribunals, Richter T. Meron, Carla del Ponte

968 Wilson Avenue, Toronto, Ontario, Canada,
1-416-928-6611, fax-9515, bar@idirect.com

Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff